

ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE VOM „BLAUEN KAMEL“

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

Antwort:

Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben können. Inklusion verstehen wir als soziale Verantwortung und wirtschaftliche Chance zugleich, gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel. Deshalb wollen wir bürokratische Hürden abbauen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser unterstützen, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Gerade Kleinstunternehmen bieten in Berlin ein großes Potenzial für mehr Teilhabe am Arbeitsleben. Wir wollen deshalb eine zentrale Beratungsstelle des Landes Berlin für Arbeitgeber einrichten, die Unternehmen gezielt bei Fragen der Beschäftigung, Fördermöglichkeiten und Inklusion unterstützt. Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit ein.

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Antwort:

Wir wollen die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt ebenso wie die Beschäftigung in Inklusionsbetriebe und Werkstätten stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass Werkstätten durch Förderprogramme und Kooperationen mit der Wirtschaft den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt personenzentrierter begleiten können. Ebenfalls unterstützen wir

den Reformprozess zu einem transparenten und verbesserten Arbeitsentgelt für Werkstattbeschäftigte, der aktuell auf Bundesebene erfolgt.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

Antwort:

Wir haben das Dritte Gesetz zur Änderung des Sozialberufe-Anerkennungsgesetzes auf den Weg gebracht, um die Anerkennung von Studiengängen und Qualifikationen zu erleichtern. Darüber hinaus wollen wir die Ausbildungsbedingungen verbessern, die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) stärken und uns für eine angemessene Vergütung sowie mehr gesellschaftliche Anerkennung des Berufsbildes einsetzen, um mehr Menschen für die Heilerziehungspflege zu gewinnen.

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Antwort:

Wahlfreiheit ist für uns ein zentraler Grundsatz. Menschen mit Behinderung müssen selbst entscheiden können, wie und wo sie leben. Wir fördern den Ausbau von ambulanten Wohnformen, inklusiven Wohnprojekten und Assistenzleistungen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass auch stationäre Angebote in hoher Qualität für diejenigen zur Verfügung stehen, die diese Form der Unterstützung wünschen. Damit Hilfe schneller gefunden werden kann, bündelt unsere neue Plattform „SOZIALES BERLIN“ erstmals zahlreiche Unterstützungsangebote an einem zentralen Ort. So finden Menschen unkompliziert die Hilfe, die sie benötigen.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

Antwort:

Mit der Verwaltungsreform haben wir den Grundstein für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung gelegt. Diesen erfolgreichen Weg setzen wir konsequent fort. Ein zentraler Baustein dabei ist die Digitalisierung der Verwaltung: Bereits heute können mehr als 450 Dienstleistungen einfach und bequem online beantragt werden. Das bedeutet für die Berlinerinnen und Berliner weniger Papier, kürzere Wege und eine schnellere Bearbeitung ihrer Anliegen. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die effizient, serviceorientiert und unabhängig von Öffnungszeiten erreichbar ist – damit Behördengänge einfacher, schneller und zeitgemäß werden.

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Antwort:

Träger sozialer Einrichtungen leisten unverzichtbare Arbeit. Mit der Reform des Zuwendungsrechts haben wir bereits einen wichtigen Erfolg erzielt, um soziale Organisationen spürbar von Bürokratie zu entlasten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir

setzen uns dafür ein, die Förderrichtlinien zu vereinfachen und, wo rechtlich möglich, auf pauschalisierte Abrechnungsmodelle umzustellen. Verwendungsnachweise sollen digitalisiert und standardisiert werden, damit Fachkräfte ihre Zeit für die Menschen und nicht für die Bürokratie nutzen können.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

Antwort:

Unser Ziel ist es, den Wohnungsneubau insgesamt deutlich zu beschleunigen, denn nur ein größeres Angebot kann langfristig zu mehr bezahlbaren Wohnungen führen. Dabei muss Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht werden. Bis zum Jahr 2031 wollen wir insgesamt 100.000 neue Wohnungen in Berlin schaffen – auch am Rand des Tempelhofer Feldes. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften übernehmen dabei eine zentrale Rolle. Ihren Bestand wollen wir auf 500.000 Wohnungen ausbauen und damit den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnraums deutlich zu erhöhen. Auch die Berliner Genossenschaften sind für uns ein unverzichtbarer Partner beim Ausbau bezahlbaren Wohnraums. Ziel ist der Neubau von mindestens 1.000 genossenschaftlichen Wohnungen pro Jahr, davon rund 800 gefördert. Dafür wollen wir die Genossenschaftsförderung weiterentwickeln, flexible Bindungsdauern mit zinslosen oder sehr günstigen Krediten anbieten und Aufstockungen sowie Nachverdichtungen durch ein spezielles zinsverbilligtes Darlehensprogramm unterstützen.

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Antwort:

Berlin verfügt mit Mietpreisbremse, Umwandlungsverordnung und Zweckentfremdungsverbot und der Kündigungsschutzklausel-Verordnung bereits über wirksame Instrumente zum Schutz von Mieterinnen und Mietern. Entscheidend ist für uns die konsequente Durchsetzung bestehender Regeln. Wer die Wohnungsnot rechtswidrig ausnutzt, muss mit spürbaren Konsequenzen rechnen. Wir werden die Durchsetzung bestehender Mieterrechte stärken, Schutzinstrumente gezielt weiterentwickeln und dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter ihre Rechte einfacher und wirksam geltend machen können. Die von uns eingeführte Mietpreisprüfstelle werden wir zu einer schlagkräftigen Instanz ausbauen, die Verstöße nicht nur erfasst, sondern konsequent ahndet. Die Mietpreisprüfstelle soll Mietverhältnisse auf die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben prüfen und Mieterinnen und Mieter aktiv bei der Durchsetzung ihrer Rechte sowie bei der Rückforderung unrechtmäßig gezahlter Mieten unterstützen. Durch bessere personelle Ausstattung, digitale Verfahren und verbindliche Bearbeitungsfristen wollen wir für schnellere Entscheidungen und eine wirksame Bekämpfung von Missbrauch und schwarzen Schafen auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Klar ist aber auch: Der Neubau von Wohnungen ist das beste Mittel gegen hohe Mieten.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in leichter Sprache zu finden?

Antwort:

Die Berliner Verwaltung nutzt bereits leichte Sprache, um wichtige Informationen für alle Menschen barrierefrei und verständlich zu machen. Unser Ziel ist es, dieses Angebot für die digitalen Angebote des Landes Berlin, insbesondere berlin.de und zentrale Antragsformulare, kontinuierlich auszubauen.

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Antwort:

Die Digitalisierung bietet große Chancen, darf aber niemanden ausschließen. Um älteren Menschen und auch Menschen mit Behinderungen den Zugang zu digitalen Dienstleistungen zu erleichtern, wollen wir in kommunalen Einrichtungen betreute Anlaufstellen schaffen, an denen digitale Angebote wie Verwaltungsportale, Online-Banking oder Postdienste mit Unterstützung von geschulten und zur Vertraulichkeit verpflichteten Helfern sicher genutzt werden können. Gleichzeitig müssen analoge Angebote auch in Zukunft für Menschen erhalten bleiben, die sie benötigen.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

Antwort:

Wir haben bereits über 80 barrierefreie Taxis auf die Straße gebracht, um Barrieren in der Mobilität abzubauen. Dieses Angebot sorgt dafür, dass Menschen mit Einschränkungen selbstbestimmt unterwegs sein können, und soll weiter verlässlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat der CDU-geführte Senat gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg seit Beginn des Jahres den „Barrierefreien Alternativ-Verkehr“ (VBB-BAV) umgesetzt. Bisher gab es zahlreiche, nicht aufeinander abgestimmte Angebote – darunter den Sonderfahrdienst, den Begleitservice des VBB, „Muva“ der BVG und Inklusionstaxis. Das verursachte viel Bürokratie, komplizierte Abrechnungen und hohe Kosten, wodurch die Angebote für die Betroffenen oft schwer zugänglich waren. Mit dem neuen VBB-BAV bündeln wir diese Leistungen nun „aus einer Hand“. Das ermöglicht eine deutlich höhere Verfügbarkeit, merklich kürzere Wartezeiten und reduziert zudem die Kosten für die Steuerzahler in erheblichem Umfang.

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Antwort:

Wir werden die Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger weiter verbessern und Bordsteinabsenkungen schrittweise überall dort umsetzen, wo Menschen Straßen queren, Haltestellen erreichen oder zentrale Einrichtungen nutzen. Die Sanierung von Gehwegen werden wir entschlossen fortsetzen. Gemeinsam mit den Bezirken wollen wir bestehende Programme weiterentwickeln und Mittel gezielt dort einsetzen, wo Stolperfallen besonders

groß oder viele Menschen unterwegs sind. Fehlende Gehwege wollen wir pragmatisch und zügig ergänzen.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

Antwort:

Bei Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf setzen wir auf so viel Inklusion wie möglich und so viel individuelle Förderung wie nötig. Inklusion muss mit Augenmaß und orientiert am Kindeswohl gelingen. Der Ausbau inklusiver Beschulung an den Regelschulen muss daher ebenso wie an den Förderschulen erfolgen. Förderzentren bleiben für uns unverzichtbar. Kinder, bei denen ein besonderer Förderbedarf vermutet wird, sollen frühzeitig vor dem Schuleintritt getestet werden. Eine klare Trennung der Förderbedarfe ist uns wichtig. Sonderpädagogische Förderung richtet sich an Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Sprachlicher Förderbedarf hat andere Ursachen und braucht eigene, passgenaue Angebote. Eltern müssen selbst entscheiden können, ob für ihr Kind ein Förderzentrum oder eine inklusive Schule der richtige Weg ist. Damit Inklusion an Regelschulen gelingt, werden wir die multiprofessionelle Ausstattung der Schulen nach dem Prinzip „100 Prozent plus X“ weiter stärken. Dazu gehört auch, dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sonderpädagogen konsequent ausgebaut wird. Inklusion muss personell und sächlich voll ausgestattet sein, um den Anforderungen gerecht zu werden.

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen. Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die anderen – das nennt man zieldifferenter Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Antwort:

Unser Ziel ist es, die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter zu erhöhen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie beginnen, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Die Frage, inwieweit Prüfungsformate künftig barrierefreier gestaltet und Nachteilsausgleiche unbürokratischer gehandhabt werden können, wollen wir erörtern. Ebenso betrachten wir Überlegungen zu praxisorientierten Qualifizierungsbausteinen und Zertifikaten für Kinder im zieldifferenten Unterricht als sinnvolle Diskussionsgrundlage, um auszuloten, wie mögliche Anschlussperspektiven für den Arbeitsmarkt künftig unterstützt werden könnten.